

Laibacher Zeitung.

Nr. 246.

Donnerstag am 26. Oktober

1854.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post porto frei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inserationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. G. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November 1850 für Inserationsstempel“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Amtslicher Theil.

Se. k. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome den k. k. General-Auditor und Referenten des obersten Militär-Gerichtshofes Franz Linhart, als Ritter des kaiserlich-österreichischen Leopold-Ordens, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Ritterstand des österreichischen Kaiserreiches allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Oktober d. J. an dem Metropolitankapitel in Udine die Domprobstei dem dortigen Domherrn Nikolaus Conte Frangipane, das Kanonikat di San Pio I. dem Seminarprofessor und erzbischöflichen Generalvikar Andreas Casasola, dann das Kanonikat dei SS. Felice e Fortunato, dem Pfarrer von S. Mikolo in Udine, Peter Fabris, allergnädigst zu verleihen geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin haben der niederösterreichischen Sanitätskommission zur Beilegung der armen Bevölkerung Wiens mit Suppe, den Betrag von 1000 fl. allergnädigst zuzuwenden geruht.

Se. k. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. Oktober d. J. dem Bezirkshauptmann zu Roveredo, Matthäus v. Maistrelli, aus Anlaß seiner Ernennung zum Vorsteher des dortigen politischen Bezirksamtes, den Titel und Charakter eines Statthalterreirathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. August 1854 allergnädigst zu gestatten geruht, das dem Direktor des k. k. Gefällen-Oberamtes in Triest, Andreas Hafner, bei seiner, von ihm angesuchten Versetzung in den dauernden Ruhestand die allerhöchste Zufriedenheit mit seiner langen, treuen und eifrigen Dienstleistung zu erkennen gegeben werde.

Graz am 21. Oktober 1854.
Von der k. k. steir.-illyr.-küstentl. Finanz-Landes-Direktion.

Heute wird ausgegeben und versendet: das Landes-Regierungsblatt für das Herzogthum Krain. Erster Theil. XLVI. Stück. VI. Jahrgang 1854.

Dasselbe enthält unter

A.
Nr. 262. Erlass des k. k. Justizministeriums vom 22. September 1854, wirksam für die Kronländer Oesterreich ob und unter der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz und Gradiska mit Istrien, Triest, Tirol und Vorarlberg, Böhmen, Mähren und Schlesien, wodurch die Zahl der Notare in jedem dieser Kronländer festgesetzt wird.

Nr. 263. Verordnung der k. k. Ministerien der Justiz und der Finanzen vom 28. September 1854, über die Amortisirung der Obligationen des lombardisch-venetianischen Anlehens vom J. 1850.

Nr. 264. Erlass des k. k. Finanzministeriums vom 29. September 1854, über den Tag, von welchem die Verordnung über die Einführung von Stämpelpunkten in Wirksamkeit zu treten hat, und über die damit zusammenhängenden Anordnungen.

Nr. 265. Verordnung des k. k. Justizministeriums v. 2. Oktober 1854, zur Lösung der Zweifel über die gegenseitige Kompetenz der Gerichtshöfe erster Instanz und der städtisch-delegirten Bezirksgerichte (Stadtpräturen, städtisch-delegirten Gerichte) zur Ausübung der Personal- und Realgerichtsbarkeit.

Nr. 266. Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 2. Oktober 1854, über den Zeitpunkt der Aktivirung der reinen Justizbehörden erster Instanz und der Staatsanwaltschaft in den Herzogthümern Kärnten und Krain, sowie über die Einführung der mit der neuen Gerichtsorganisation in Verbindung stehenden Gesetze.

Nr. 267. Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 5. Oktober 1854, wodurch in Folge Allerhöchster Ermächtigung vom 4. Oktober 1854 das Verfahren geregelt wird, welches wegen vorläufiger Sicherstellung der Schadenersatz-Ansprüche vorzuziehen ist, die nach Maßgabe der bestehenden Gesetze aus dem Vermögen der wegen Hochverrath, Aufruhr oder Aufstand verurtheilten Personen zu erhalten sind.

B.

Nr. 268—274. Inhaltsanzeige der unter den Nrn. 243, 245, 247, 249, 250, 251, 252 des Reichs-Gesetz-Blattes vom J. 1854 enthaltenen Erlässe.

Laibach, am 26. Oktober 1854.
Von der k. k. Redaktions-Bureau des Landesregierungs-Blattes für Krain.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennung:

Der Oberst Theodor Baron Buirette v. Döhlefeld, aus dem Pensionsstande, zum Platzobersten in Mailand.

Nichtamtlicher Theil.

Antwortschreiben des preussischen Kabinetts auf die österreichische Note vom 30. September.

Die „Bresl. Ztg.“ veröffentlicht den Wortlaut der preuss. Antwortnote vom 13. Oktober:

„Graf Esterhazy hat mir am 4. d. Abends eine sehr umfassende Mittheilung Seitens des kaiserlich-österreichischen Kabinetts gemacht. Sie besteht aus zwei an ihn gerichteten Depeschen des Grafen Buol vom 30. September, sowie aus zwei Zirkularen vom 1. d., durch welche diese Depeschen zur Kenntniß der deutschen Regierungen gebracht worden sind. Ich füge diese Schriftstücke in Abschrift ganz ergebenst hier bei, obgleich die erste der erwähnten Depeschen Euer . . . schon bekannt sein wird, da sie bereits am 6. d., wenige Stunden, nachdem ich sie Sr. Majestät dem Könige hatte vorlegen können, in einem Wiener-Blatte abgedruckt war.

Es . . . werden ermessend, daß es nicht jene einzelne Depesche, sondern die Gesamtheit der letzten österreichischen Mittheilung war, welche den Gegenstand der Erwägung für Se. Majestät und Allerhöchster Regierung zu bilden hatte.

Wir mußten der Offenheit Anerkennung zollen, mit welcher das österreichische Kabinet das Minimum der Ansprüche bezeichnet, die es, nach der gegenwärtigen Sachlage, d. h. also unter dem Vorbehalt weitergehender Anträge, an die deutschen Regierungen

erheben zu sollen glaubt, und da Oesterreich an diese ausdrücklich die Frage gerichtet, ob sie sich im Sinne dieser Ansprüche am Bunde aussprechen würden, selbst wenn Preußen sich einem dahin zielenden Antrage nicht anschloße, so hielten wir es, im Hinblick auf unsere früheren Mittheilungen, welche die dießseitige Auffassung nicht in Zweifel lassen konnten, und geleitet durch den Wunsch, selbst den Schein zu vermeiden, als wollten wir den freien Entschliessungen unserer Verbündeten durch erneute Darlegung unseres Standpunktes irgendwie vorgreifen, für der Würde des Bundes, so wie unserer eigenen am meisten entsprechend, und eben deshalb gerathen, auf diese Entschliessungen durch keine dießseitige Aeußerung einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Selbst die ungewöhnlich frühe Veröffentlichung der erwähnten Depesche würde uns nicht veranlaßt haben, dieß abwartende Schweigen aufzugeben. Dagegen haben wir Werth auf den Umstand legen zu müssen geglaubt, daß Seitens eines großen Theiles unserer deutschen Verbündeten, nicht nur die Frage an uns gerichtet, sondern auch der vertrauensvolle Wunsch ausgesprochen ist, davon unterrichtet zu werden, ob und wie wir die neuesten österreichischen Mittheilungen beantworten und welche Stellung wir in Folge derselben einnehmen würden.

Dem Befehle Sr. Majestät des Königs gemäß habe ich dem zu Folge die Ehre, die nachstehenden Bemerkungen an Ew. . . zu richten, welche Sie durch abschriftliche Mittheilung dieses Erlasses zur Kenntniß des Herrn Grafen von Buol bringen wollen, wie wir sie in gleicher Weise auch vertraulich an unsere übrigen deutschen Verbündeten gelangen lassen.

Der Zweck meines Erlasses vom 21. v. M. war, das k. k. österreichische Kabinet um einige nähere Erläuterungen in Betreff des von ihm auf die Fürstenthümer durch deren Besetzung auszuübenden Einflusses, in militärischer und politischer Hinsicht zu ersuchen. Wir hielten dieselben für erforderlich — und sind, nachdem wir sie erhalten, in dieser Absicht bestärkt, um beurtheilen zu können, in wiefern wir uns am Bunde in der von Oesterreich beantragten Weise aussprechen und dadurch anerkennen könnten, daß alle an die Besetzung der Fürstenthümer durch österreichische Truppen sich knüpfende Eventualitäten unter den Art. II. des Bündnisses vom 20. April, und Bundesbeschlußes vom 24. Juli fielen.

Wir waren weit entfernt, dem Wiener Kabinete eine Entstellung seiner Beziehungen zur Türkei und ihren Verbündeten zuzumuthen, aber wir wollten klar sehen darüber, wie es sie auffaßt, welche Rechte und Pflichten es sich auf Grund seines Vertrages mit der Pforte, der ohne unsere und des Bundes Hinzuziehung abgeschlossen ist, beimißt, und welche militärische Uebereinkommen getroffen sein mochten, um den Schutz der Fürstenthümer gegen die durch Rußlands Erklärungen in die Ferne gerückten Eventualitäten eines erneuten Einrückens russischer Truppen, Oesterreich allein zu übertragen. Das Befremden, welches die Depesche des Grafen Buol darüber andeutet, daß wir auf diese ausschließliche Wirksamkeit Oesterreichs Werth legen zu müssen glaubten, hat uns überrascht. Wir wußten nicht, daß es eines besonderen Titels bedürfe, um das Vertrauen auszusprechen, daß Oesterreich, selbst wenn seine Interessen mit denen Deutschlands in den Fürstenthümern nicht immer identisch sein mö-

gen, doch je größer sein Einfluß dort ist, um so mehr auch Deutschlands Interessen daselbst zur Geltung zu bringen suchen werde. Auch denken wir uns dieses Vertrauen durch die Bemerkung des Grafen Buol nicht erschüttern zu lassen, so lange die Thatfachen mit denselben nicht in Widerspruch treten.

Andererseits können wir aber nunmehr darüber keinen Zweifel mehr hegen, daß die Frage, ob und in welcher Weise die Fürstenthümer wieder der Schauplatz des Krieges werden, von militärischen Maßregeln abhängt, bei deren Ausführung die Wahrung deutscher Interessen auch nicht im Entferntesten in Betracht kommen dürfte, und deren Konsequenzen daher als unter den Artikel II. des Bündnisses fallend zu bezeichnen, wir außer Stande sind. Diese Auffassung steht keineswegs, wie die österreichische Depesche andeuten zu wollen scheint, mit unseren früheren Erklärungen im Widerspruche. Diese haben, dem Geist und Worte der Bundesgesetze, so wie des Art. I. des Bündnisses gemäß, stets nur den Fall unprovocirten Angriffs auf österreichisches Gebiet zum Gegenstande gehabt. Wir vermögen nicht, die Besorgniß vor einem solchen als zur Zeit begründet anzuerkennen, und wenn in dieser Beziehung das eine österreichische Zirkular an den Marsch der russischen Garden nach Polen erinnert, so möchten wir doch dem unparteiischen Urtheil selbst derjenigen Mächte, die mit Rußland im Kriege sind, die Frage hingeben, ob daraus, daß daselbe den feindlichen Streitkräften gegenüber, die theils auf seinem Gebiete entfaltet sind, theils daselbe bedrohen, auch seine militärische Macht seinen Grenzen näher rückt, die Absicht gefolgert werden kann, es wolle aus der von ihm angenommenen defensiven Stellung wieder in die offensive übergehen. Nichtsdestoweniger erkennen wir in vollem Maße den ganzen Ernst der gegenwärtigen Lage, und Se. M. der König sind sich namentlich auch in ihrem ganzen Umfange der Pflichten bewußt, die die Fürsorge für Deutschlands Sicherstellung im Osten, auf alle Eventualitäten hin, Allerhöchstdenenselben auferlegt.

Was die bekannten vier Punkte betrifft, welche die Grundlage des künftigen Friedens bilden sollen, so ist die von der königlichen Regierung zu denselben eingenommene Stellung vielfach einer falschen und mißvollenden Beurtheilung unterworfen worden. Wir haben dieselben in Petersburg unterstützt, obgleich, wie dieß mein Zirkular vom 3. September anführt, wir bei ihrer Allgemeinheit und Unbestimmtheit nicht vollständig übersehen, ob und wie weit sie praktisch den Interessen Deutschlands zu Gute kommen würden. Wir haben es gethan, weil wir dessen ungeachtet in ihnen den Kern künftiger, die dauernde Ruhe Europa's bezweckender Friedensverhandlungen zu erkennen glaubten. Wir haben auch, nachdem Rußland diese Grundlage — und zwar vielleicht mehr aus formellen — als materiellen Gründen, abgelehnt — unbeeinträchtigt durch die Empfindlichkeit, mit welcher das Kabinett von St. Petersburg sich über unsere Unterstützung geäußert, demselben wiederholt erklärt, wie wir diese Ablehnung nur bedauern könnten, da wir die vier Punkte zwar nicht als die einzig mögliche Friedensgrundlage, wohl aber als solche Elemente enthaltend betrachten, die früher oder später wieder zur Geltung kommen würden.

Wir haben hiervon den Kabinetten von London und Paris in vertraulicher Weise Kenntniß gegeben und daran den Ausdruck der Bereitwilligkeit geknüpft, uns, wenn es die übrigen Mächte wünschen, in diesem Sinne auch in einem neuen Protokolle der Wiener Konferenz zu erklären, jedoch mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß wir eine kontraktliche Verpflichtung zur militärischen Kooperation gegen Rußland hierin eben so wenig, wie in der Unterzeichnung der früheren Protokolle anerkennen könnten. Dieß sind die Eröffnungen vom 6. v. M., denen die österreichische Depesche in einem Zusammenhange Erwähnung thut, als stünden sie im Widerspruch mit unserer beabsichtigten Haltung in der Bundesversammlung. Wir weisen diese Andeutung vollständig zurück. Die Bedenken, die die 4 Punkte uns vom deutschen Standpunkte nicht genügend auszuschließen scheinen, um diese der Bundesversammlung zur verpflichtenden Annahme zu empfehlen, können, zumal bei der von Oesterreich selbst hervorgehobenen Elastizität der einzel-

nen Bestimmungen, uns vom europäischen Standpunkte nicht abhalten, ihnen unsere moralische Unterstützung in jedem einzelnen sich darbietenden Falle und unter den von uns selbst zu bestimmenden Modalitäten zu Theil werden zu lassen, und wir legen um so mehr Werth darauf, unsere Bereitwilligkeit, dieß zu erklären, in förmlicher Weise zu konstatiren, als nicht nur im Gebiete der Oeffentlichkeit, sondern bis in die Kabinete hinein, die fast nur durch absichtliches Mißverständniß erklärliche irrthümliche Ansicht sich geltend gemacht hat, Preußen habe das Zusammentreten der Wiener Konferenz verhindert. — Gerade seitens der europäischen Mächte wird uns nicht selten unser deutscher Standpunkt in einer Weise vorgehalten, als thue dessen Festhaltung der Eigenschaft Preußens als europäische Großmacht Abbruch. Wir haben die Diskussion hierüber absichtlich vermieden. Wir sind unserer Rechte und Pflichten als europäische Großmacht sehr wohl bewußt, und werden nicht nur diese zu erfüllen, sondern auch jene mit ungeschwächter Macht vor jeder Beeinträchtigung zu wahren wissen. Allein wir denken zu groß von dem Beruf des mit seinen beiden Großmächten eng verbundenen Deutschlands, um eine Schwächung unserer europäischen Machtstellung darin zu erblicken, daß wir in den jetzigen politischen Verwicklungen die Wahrung der Interessen Deutschlands für eine unserer ersten Pflichten halten.

Da das Wiener Kabinett jetzt die 4 Punkte trennt und nur zwei derselben den deutschen Regierungen zur Aneignung empfiehlt, so erkennt es damit an, daß die 4 Punkte als ein Ganzes, so wie es durch den Notenaustausch vom 8. August formulirt worden, durch die Interessen, als deren Organ sich die Bundesversammlung zu betrachten und zu äußern hat, nicht erheischt werden. Daß die Freiheit der Donauschiffahrt ein deutsches Interesse ist, wird wohl keine deutsche Regierung läugnen; eben so wenig, wie daß die bisherigen Protektorsverhältnisse der Donaufürstenthümer einer den deutschen Interessen günstigeren Gestaltung Platz machen können. — Dieß in geeigneter Form in der Bundesversammlung ausgesprochen zu sehen, kann daher, wenn Oesterreich und unsere Verbündeten einen Werth darauf legen, mit der Auffassung und den Intentionen Preußens nur übereinstimmen.

Wenn dagegen in dem vertraulichen Zirkular des Grafen Buol darauf hingedeutet ist, daß die Würde des Bundes es erheische, in dieser europäischen Frage schon jetzt eine bestimmte Stellung einzunehmen und eine bindende Erklärung abzugeben, um nicht eine völlige Apathie und Unthätigkeit seines Zentralorgans zu bekunden, so können wir dieser Ansicht doch nur sehr bedingt beipflichten. Se. Maj. der König haben bei mehr als einer Veranlassung Ihr Bestreben, dem deutschen Bunde in dem europäischen Staatenverbände eine höhere Bedeutung zu vindiciren bekräftigt. Mehr als ein Mal ist diesen Bemühungen entgegengetreten worden, und dieselben sind noch zuletzt in einer Angelegenheit, die Deutschland wohl näher anging, als die jetzige orientalische Frage in ihrer ursprünglichen Umgrenzung an dem fast einmüthigen Widerstand Europa's gescheitert. Aber auch in den jetzigen europäischen Verwicklungen halte Se. Majestät an der Ansicht fest, daß dem deutschen Bunde eine ehrenvolle entscheidungsreiche Stellung gebührt. Gerade dieß war und ist der Grundgedanke, der Sr. Majestät das Bündniß vom 30. April eingegeben hat. Aber Allerhöchstdieselben glauben Anstand nehmen zu müssen, diese Stellung als gewahrt und gefördert dadurch anzusehen, daß die Bundesversammlung, im Gefolge ohne ihre Mitwirkung vollendeter, und in ihrer Tragweite nicht vollständig von ihr übersehener Thatfachen in verpflichtender Weise Verdikte ausspricht, deren praktische Bedeutung für Deutschland, weder was das zu erreichende Ziel, noch was die dazu in Anwendung zu bringenden Mittel betrifft, hinlänglich aufgeklärt ist.

Wir glauben, daß es eine Ruhe gibt, die nicht das Zeichen der Schwäche, sondern vielmehr die Gewähr ungeschwächter Kraft ist, und wir hegen die Zuversicht, daß diese Kraft, wenn wirklich gefährdete Rechte und Interessen des gemeinsamen Vaterlandes

sie in Anspruch nehmen, sich in Einmüthigkeit und Treue betheiligen wird.

Vorstehende Bemerkungen werden dem kaiserlich-österreichischen Kabinett genügend bezeichnen, wie wir die durch seine letzte Mittheilung angekündigte Stellung beurtheilen. Zu unserem aufrichtigen Bedauern können wir uns nicht verhehlen, daß Verschiedenheiten bei der beiderseitigen Auffassung hervortreten. Wir glauben uns aber nicht zu irren — und die österreichische Depesche selbst scheint dieser Ansicht zur Seite zu stehen — wenn wir annehmen, daß diese Verschiedenheiten weniger aus einer abweichenden Auslegung des Vertrages vom 20. April selbst als daraus hervorgegangen sind, daß Oesterreich ohne unsere und des Bundes Zuziehung Entschlüsse gefaßt hat, und Verpflichtungen eingegangen ist, deren maßgebende Bedeutung für den Kaiserstaat anerkannt werden kann, ohne daß ein Gleiches für die übrigen Theilnehmer des Bündnisses der Fall ist. Es scheint uns dieß nicht der Weg zu sein, daß Bündniß auf eine den großen Zweck, zu welchem es geschlossen wurde, entsprechende Weise für die im Laufe der Ereignisse sich ergebenden Eventualitäten nutzbar zu machen. Wir unsererseits sind entschlossen, unbeirrt durch Vorwürfe und Insinuationen, die wir am liebsten unbeantwortet lassen, am Bündniß und namentlich am Art. II. desselben festzuhalten. Werden von anderer Seite Modifikationen desselben gewünscht, so werden wir hierauf bezüglich an uns gerichtete Vorschläge mit Gewissenhaftigkeit prüfen; und hiebei ebenso unsere eigenen und Deutschlands Interessen berücksichtigen, welche wir nicht nur der gesicherten Stellung Oesterreichs, sondern auch dem möglichst engen Anschluß des übrigen Deutschlands an dasselbe beilegen.

Ob nun aber Oesterreich demnächst allein seine Anträge am Bunde stellen wird, oder ob die Rückäußerungen der übrigen deutschen Verbündeten etwa, wie es unserem eigenen Wunsche nur entsprechen könnte, für gemeinschaftliche Erklärungen beider Kabinete Stoff und Form bieten, darüber glauben wir, mit Rücksicht auf die österreichischer Seits mit so großer Bestimmtheit den deutschen Regierungen gegenüber formulirten Fragen, uns unsererseits jeder Initiative enthalten, und uns vielmehr in Bezug auf etwaige dahingehende Anträge unsere weiteren Entschlüsse vorbehalten zu müssen.

Wie ich bereits oben bemerkt, wollen Euer z. dem Herrn Grafen Buol Abschrift des gegenwärtigen Erlasses mittheilen. (Bez.) Manteuffel.

Oesterreich.

* **Wien, 20. Oktober.** Eine für sämmtliche Kronländer gültige Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 8. Oktober l. J. bestimmt, welche Aemter zur Bemessung der Gebühren von der Erwerbung unbeweglicher Sachen durch Privateisenbahnunternehmungen berufen sind, und zeichnet das von denselben zu diesem Zwecke zu beobachtende Verfahren vor. Hiernach ist das im Standorte der Direktion einer jeden solchen Unternehmung zu den Gebührenbemessungen aufgestellte Amt dazu bestimmt, und hat diese Bemessung auch dann vorzunehmen, wenn die erworbenen unbeweglichen Objekte in anderen Steuerbezirken liegen.

* Die ständige Observationsperiode, welche gegen das aus Bosnien nach Oesterreich eingetriebene Großhornvieh wegen des im jenseitigen Gebiete herrschenden Milzbrandes im August d. J. angeordnet worden war, ist wieder aufgehoben worden.

Wien, 21. Oktober. Der k. k. außerordentliche Gesandte in Berlin, Herr Graf Esterhazy, hatte gestern Mittag die Ehre, von Sr. M. dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen zu werden, und verweilte beinahe eine volle Stunde bei dem Monarchen. Heute hat eine Konferenz im Ministerium des Aeußern stattgefunden, in welcher über die neueste preussische Note berathen wurde; die Erwiderung auf dieselbe wird nicht lange auf sich warten lassen. Daß die letzte Eröffnung aus Berlin wenig geeignet ist, Hoffnung auf eine endliche Einigung Deutschlands in dieser seiner Lebensfrage zu erregen, dürfte keine bloße Annahme, sondern leidige Gewißheit sein.

— Se. Excellenz der hochwürdigste Herr Fürst-Erzbischof von Wien wollte gestern, der Einladung des heiligen Vaters entsprechend, in Begleitung des hochwürdigsten Herrn fürst-erzbischöflichen Konsistorial-Raths Eduard Angerer, die Reise nach Rom antreten.

— Der Hospodar in der Moldau, Fürst Ghika, hat eine von dem Herrn FML. Grafen v. Coronini und dem türkischen Kommissär, Derwisch Pascha, unterfertigte Aufforderung erhalten, sich zur Uebernahme des Hospodarates nach Jassy zu begeben.

— Der außerordentliche Gesandte am k. Hofe zu Berlin, Herr Graf Esterhazy, wird morgen nach Berlin zurückreisen. Gleichzeitig mit demselben dürfte auch die österreichische Antwortnote in Berlin eintreffen.

— Die Theilnahme der österr. Industrie an der künftigen Pariser Ausstellung wird jedenfalls sehr groß sein, da jetzt schon Vorbereitungen im ausgedehnten Maßstabe getroffen werden.

— Es haben sich Fälle ergeben, daß an Sonn- und gebotenen Feiertagen Mühlen in vollem Gange angetrieben wurden. Da dieses dem Geseze über die Heiligung der Sonn- und Feiertage zuwiderläuft, so wurden von Seite der politischen Behörden die Mühlen darauf aufmerksam gemacht, daß an gewöhnlichen Sonn- und Feiertagen nur mit Bewilligung von Seite der geistlichen und weltlichen Gemeindevorstellung von Fall zu Fall bei großem Wassermangel, an den sechs höchsten Feiertagen des Jahres aber unter keiner Bedingung mit den Mühlen gearbeitet werden darf.

Wien, 24. Oktober. Mehrere hiesige Blätter wollen heute wissen, die Abreise des Herrn Grafen Esterhazy nach Berlin werde sich noch um einige Tage verzögern. Es genügt dagegen, die Thatsache anzuführen, daß Herr Graf Esterhazy heute Früh bereits von hier abgereist ist, um seine Mission bei dem nahe befreundeten königlich preussischen Hofe fortzusetzen.

Triest, 21. Oktober. Während unsere Blicke, wie seit Jahren, in den letzten Monaten bis heute vergebens auf die reichen Quellen bei S. Croce gerichtet sind, welche dem leider immer fühlbarer gewordenen Wassermangel abzuwehren vermöchten, hat uns das Meer heute Vormittag mit seinem Ueberflusse in einen wahren embarras de richesses versetzt. Eine ungewöhnlich hohe Springfluth überschwemmte mit Schnelligkeit die in den Hafen mündenden Straßen und Plätze, so daß die Verbindung eine Zeit lang nur durch Wagen und kleine Barken unterhalten werden konnte. Eben so rasch wie das Wasser zufließte, zog es sich gegen 10 Uhr wieder ins Meer zurück. Das eingetretene Regenwetter aber läßt uns auch eine wenigstens vorübergehende Beseitigung der anderen Calamität hoffen. (Triester Ztg.)

Deutschland.

Mainz, 18. Oktober. Se. Majestät der König von Preußen haben aus Anlaß des in diesem Monate eintretenden Wechsels im Gouvernement der Bundesfestung Mainz an den bisherigen Vize-Gouverneur dieser Festung, k. k. Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn v. Mertens, nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zu erlassen geruht:

„Sehr werther Herr Feldmarschall-Lieutenant!“
„Sie haben sich während Ihrer fünfjährigen Amtsverwaltung als Vize-Gouverneur der Bundesfestung Mainz durch umsichtige und vom besten Erfolg begleitete Bemühungen behufs fortgesetzter Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen den dort in Besatzung stehenden kaiserlichen Truppen und den Meinigen einen besonderen Anspruch auf Meine Anerkennung erworben und es gereicht Mir daher zum großen Vergnügen, Ihnen für diesen Beweis der schätzbaren freundlichen Gesinnung Meinen aufrichtigen Dank hiemit auszusprechen. Hiernächst finde Ich Mich bewogen, nachstehenden k. k. österreichischen Offizieren, resp. Beamten, bei dem am 29. d. Mts. stattfindenden Gouvernementswechsel in Mainz durch folgende Ordensverleihungen ein Merkmal Meines Wohlwollens zu ertheilen, und zwar:

1. Dem bereits versetzten Artillerie-Direktor, jetzigen Generalmajor und Artillerie-Brigadier Pichler, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse;

2. dem Gouvernements-Adjutanten Major Pirner vom Infanterie-Regiment Prinz von Preußen Nr. 34, den rothen Adler-Orden dritter Klasse;

3. dem dienstleistenden Gouvernementsadjutanten Oberleutenant Balduin vom Infanterieregimente Baron Fürstentwäther Nr. 56;

4. dem Adjutanten der Artillerie-Direktion, Oberleutenant der Artillerie, Drachorad;

5. dem Verpflegsverwalter Righofer, den rothen Adlerorden 4. Klasse.

Indem Ich die betreffenden Dekorationen hier beifüge, ersuche Ich Sie, die weitere Aushändigung derselben an die genannten Personen übernehmen zu wollen, und verbleibe mit besonderer Werthschätzung

des Herrn Feldmarschall-Lieutenants
wohlgeneigter

Friedrich Wilhelm m. p.

Aus gleichem Anlasse haben Se. königl. Hoheit der Großherzog von Hessen dem Herrn Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn v. Mertens das Großkreuz Allerhöchsthieses Ludwigordens; dem Major und Gouvernementsadjutanten Pirner und dem nunmehrigen Hofsekretär Hillmann das Comthurkreuz zweiter Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmüthigen; dem Hauptmann des General-Quartiermeisterstabes, Baron Leonhardi und dem Platzhauptmann Mazal das Ritterkreuz 1. Klasse des Ludwigordens, endlich dem Oberleutenant Balduin das Ritterkreuz des Philippordens, verliehen.

Se. k. k. apostolische Majestät haben ebenfalls mehrere königlich preussische und großherzoglich hessische Offiziere und Beamte hiesiger Garnison mit k. k. Ordensdekorationen zu theilen geruht.

Dresden, 20. Oktober. Das Ministerium des Innern hat die fernere Verbreitung des zu Wien erscheinenden „Lloyd“ für den Bereich des Königreichs Sachsen verboten.

Frankreich.

Man macht sich keinen Begriff von der Spekulationswuth, welche sich der Pariser bei Gelegenheit der allgemeinen Ausstellung von 1853 bemächtigt hat. Die Einen gründen Restaurationen, die Andern Kaffeehäuser, Diese Journale, jene bereiten Feste vor. Am besten spekuliren vielleicht diejenigen, welche Wohnungen einrichten, um aufzunehmen, was in den Hotels nicht Platz findet. So werden bereits von der Spekulation Häuser gemiethet, und diejenigen, welche sie bestellen, haben mit Tapezirungen behufs der Mobilisirung Kontrakte geschlossen oder eine Gesellschaft gebildet. Da wird es Wohnungen aller Art geben, theure und wohlfeile, alle bequem eingerichtet, und wer während der Dauer der Ausstellung bei Familien wohnen und in Kost gehen will, dessen Wunsch wird gleichfalls Befriedigung finden.

Großbritannien.

London, 18. Oktober. Prinz Viktor v. Hohenlohe, der an Bord des „Cumberland“ in der Ostseegedient hat, ist zurückgekommen und befindet sich auf Besuch bei der königlichen Familie in Windsor.

Die Gesandten Frankreichs, Schwedens, Griechenlands und der Pforte hatten gestern Konferenzen mit Lord Clarendon.

Die von der Nordpol-Expedition mit Zurücklassung ihrer Schiffe heimgekehrten Kapitäne standen gestern vor dem Kriegsgerichte, um Rechenschaft über ihr Verfahren abzulegen. Nach kurzem Verhöre wurden die Kapitäne M'Clure vom „Investigator“, Kapitän Kellett vom „Resolute“, Kommandeur Richards von der „Assistance“, sammt allen ihren Unteroffizieren mit vollen Ehren freigesprochen. Das Verhör von Sir Edw. Belcher ist auf heute vertagt.

Die neue, prachtvolle, auf der Lemse gebaute k. k. Dampf-Fregatte „Radecky“ ist unter dem Kommando von Kapitän Schmidt, mit 24 Offizieren und 200 Mann, gestern nach Triest abgegangen.

Aus Port Philipp (Australien) ist gestern der „Guiding Star“ mit 212.000 Pfd. St. in Gold eingelaufen. Ueberhaupt ist die Barzufuhr der letzten Tage sehr groß gewesen, aber es geht in Folge der für England wieder ungünstigeren Wechselkurse neuerdings viel Gold und Silber über den Kanal; nach Paris zumeist californisches Gold, seines namhaften Silbergehaltes wegen.

Die von der Regierung abgeschickten Taucher, denen die Aufgabe zufallen wird, die versenkten russischen Schiffe zu zerstören oder ans Tageslicht heraus zu holen, sind unter das Kommando von William Graue, Sergeant der ersten Sappeur-Kompagnie, gestellt, der in seinem Fache Meister sein soll. So lange die Forts am Eingange des Hafens in Feindeshänden sind, ist natürlich nicht daran zu denken, die Last heraufzuholen, und man wird den Versuch machen müssen, sie vermittels galvanischer Batterien zu zerstören. So weit bis jetzt zu dieser Operation Vorbereitungen getroffen werden konnten, denkt man Pulverladungen von 30 bis 40 Zentnern in die versenkten Schiffe zu bringen und sie aus einer Entfernung von 2 englischen Meilen zu entzünden. Sergeant Graue tritt mit der größten Zuversicht auf den Erfolg seiner unterseeischen Kunststücke die Reise an.

London, 19. Oktober. In dem gestern zu Windsor, unter Vorsitz Ihrer Majestät der Königin gehaltenen Geheimrath wurde die weitere Vertagung des Parlamentes bis zum 16. November angeordnet.

Heute zeigt die Vorsteherin eines hiesigen Frauen-Hospitals, eine Mrs. Nightingale an, daß sie mit Bewilligung des Kriegsministeriums im Begriffe stehe, ein Korps von Krankenwärterinnen zu organisiren, um mit diesem auf Kosten der Regierung nach Sturtari zu reisen und sich daselbst dem ärztlichen Stabe zur Verfügung zu stellen. Dieses Korps wird nach Umständen vermehrt werden.

Telegraphische Depeschen.

* Paris, 23. Oktober. Auch der „Moniteur“ meldet die Abreise des königlich bairischen Ministerpräsidenten von der Pforden nach Berlin, um, wie man sagt (dit-on) als Vermittler zwischen Preußen und Oesterreich zu dienen. Die „Debat“ glauben versichern zu können, die Beschießung Sebastopols sei auf den 15. d. festgesetzt worden. (Oest. Kor.)

* Paris, 24. Oktober. Der heutige „Moniteur“ enthält Nachrichten aus der Arim vom 13. d. M., wonach die Tranchéen am 9. eröffnet waren; die Belagerer hatten sich Sebastopol auf 700 Metres genähert, und sollten ihr Feuer gegen den 15. d. M. eröffnen. Ausfälle und Geschützfeuer der Russen hätten sich unwirksam (infructueux) erwiesen.

* Berlin, 24. Oktober. Die „Kölnische Zeitung“ bringt eine Schreiben von Moriz Hartmann aus Konstantinopel v. 9., wonach er fünf Wochen krank gewesen war, und jetzt die Wasserkur in Konstantinopel gebrauche.

* Turin, 21. Oktober. Nach hiesigen Blättern sollen einige Abtheilungen der französischen Truppen in Rom nach der Arim abgehen und wäre ein Theil davon bereits in Civitavecchia eingeschifft worden.

Lokales.

Wer hat es nicht schon gewünscht, Chinesen, die „Bewohner des himmlischen Reiches“ auch ein Mal zu sehen, und sich an ihren Künsten zu ergötzen? Die Gelegenheit ist da, — nämlich Montag und Dienstag wird sich eine chinesische Gesellschaft von Magikern, Jongleuren, Nekromantikern und Akrobaten im hiesigen ständ. Theater produziren. Nebst der Darstellung von chinesischen Sitten sollen ihre Kunstproduktionen, wie sich Wiener Berichte aussprechen, wahrhaft meisterhaft und unerreichbar sein. Die Herren Ar-Hee, Chong-Moon, Wan-Sing, Yan-Gin, u. s. w. sind nicht nur als Chinesen für uns eine Rarität, sie verdienen auch als Künstler volle Beachtung. Es ist nicht zu zweifeln, daß diese Kunstproduktionen — es werden nur zwei stattfinden — sich eines sehr zahlreichen Zuspruches erfreuen werden.

